Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland. 1 Monat 1.75 T. Pf., 3 Monate 5.— T. Pf., 6 Monate 9,— T.Pf., 12 Monate 16.— T. Pf. Ausland: 1 Monat 6.— R.-Mark, 6 Monate 30.— R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. **Inserate.** 1. Seite 1 cm 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch.

Geschaeftsleitung: Schischhane Karakol Jokuschu, Saverio Caleya Gasse 55, Phoenixhaus.
Telegrammadr.: Turkpost
Telefon: Pera 1733
Postfach: Galata 269

Türkische Post

نسخه‌سی ٥ غروش
آبونه
داخل ایچون: برآیلق ١,٧٥ ، اوچ آیلق ٥ آلتی آیلق ٩ ، بر سنه‌لك ١٧ لیرا
خارج ایچون: برآیلق ٦ آلتی آیلق ٣٠ آلتون‌مارق
اعلانات
١ نجی صحیفه‌ده برسانتیمتر‌سی ١٠٠ ، ٢ نجی صحیفه‌ده ٧٥
٣ نجی صحیفه‌ده ٥٠ ، ٤ نجی صحیفه‌ده ٣٠ غروش
اداره‌خانه: شیشخانه قره‌قول یوقوشی اسلاو‌دیار قاپیسی ٥٥ نومره‌لی فینیکس بنا‌سی
تلغراف آدرسی: تورك پوست، تلفون: پیرا نومره‌سی ١٧٣٣
پوسته قوتوسی غلطه ٢٦٩

7. PROBENUMMER | Tageszeitung für den Nahen Osten | Konstantinopel, Sonntag 23. Mai 1926

Tagesspiegel.

انگلیز معدن صاحبلری حکومتك تکلیفاتی رد ایتمشدر. وضعیت توضیح ایتمه‌مشدر.

§ جنوبی آفریقانك اتحادی (یونین‌یه‌نك) ی (انگلیز بایراغی) نی آصمشدر.

§ بلجیکا قابینه‌سی بر‌وجه‌آتی آکمل ایدلمشدر:
هویسمانس : مالیه
پول هیمانس : عدلیه و داخلیه
بالس : ذراعت و زراعت
آرنولد : مستعمرات
نظارتنه تعیین ایدلمشلردر.

§ آلمان حکومتی یقینده اتلاف دولتلری نزدنده ایکنجی اختلافدن طولایی قوارینك تنفیذی ایچون بکی تشبثاتده بولنه‌جقدر.

Die englischen Grubenbesitzer haben die Vorschlaege der Regierung abgelehnt. Die Lage bleibt ungeklaert.

Die sudafrikanische Union holt den „Union Jack" ein.

Das belgische Kabinett wurde wie folgt ergaenzt: Huysmans: Kunst und Wissenschaft, Paul Hymans: Justiz und Inneres, Baels: Oeffentliche Arbeiten und Landwirtschaft.

Das Kolonialministerium wurde unter dem Unterstaatssekretaer Arnold dem Finanzministerium angegliedert.

Die deutsche Regierung wird demnaechst einen neuen Schritt bei den Alliierten ueber die Herabsetzung der Besatzungsstaerken in der zweiten und dritten Zone tun.

«La paix malpropre»

Unter diesem Titel hat der französische Generalkonsul und Gesandte a. D. Alci de Ebray Ende vorigen Jahres in Mailand (Società Editrice Unitas) ein Buch erscheinen lassen, in dem er sich an Hand der ihm zugänglichen Dokumente mit dem Diktat von Versailles beschäftigt. Der Titel seines Buches ist nicht etwa Erfindung des Verfassers; er entlehnt ihn einer Rede des früheren Ministerpräsidenten Asquith. Die Aufgabe seiner Untersuchung sieht er in dem Nachweis, dass der Friede unter Verletzung der Wilson'schen Prinzipien abgeschlossen ist.

Das erste Kapitel behandelt das sogenannte «Verbrechen der Kriegsschuld». Der Verfasser kommt zu dem Schluss, dass Frankreich keinen Revanchekrieg wollte, dass es aber den Glauben erweckt hat, als ob es einen solchen Krieg wollte und damit das gleiche Ergebnis erreicht hat, wie wenn es ihn gewollt hätte. Daher die deutschen Abwehrmassnahmen, die zu der beängstigenden deutschen Rüstung führten. In Wahrheit wollten weder Frankreich, noch Deutschland den Krieg, aber durch sein Bündnis mit Oesterreich-Ungarn wurde Deutschland auf ganz natürliche und durchaus nicht verbrecherische Weise in diesen Krieg hineingezogen.

Der Lage Oesterreichs bringt Ebray weitgehendes Verständnis entgegen; insbesondere dem Umstande, dass Oesterreich unmöglich die dauernden Angriffe von Serbien ohne sich zu rühren hinnehmen konnte. Serbien seinerseits wieder verbanden ähnliche Beziehungen mit Russland wie Oesterreich mit Deutschland.

In der russischen Politik wieder spielte die entscheidende Rolle Poincaré. Seine verhängnisvolle Geschäftigkeit schloss die Ketten der Antagonien, die schliesslich zum Weltbrande führten.

Das Deutschland zur Last gelegte Verbrechen der Kriegserklärung wird ebenfalls vom Verfasser zurückgewiesen. Er zitiert dabei Nitti, der bei einem Empfang in Paris im Januar 1920 den italienischen Journalisten sagte: «Diesen Krieg, das neues immer wieder hervorgehoben werden, haben wir gewollt und nicht erduldet». Diese Feststellung Nittis gilt für alle Länder, die im Verlaufe des Krieges auf der einen oder anderen Seite auf den Kampfplatz traten insbesondere auch für die Vereinigten Staaten.

Es folgen dann Ausführungen über die Inkongruenz zwischen den Waffenstillstandsbedingungen vom 5. November und dem späteren Friedensvertrag, alles Dinge, die uns Deutschen, jeden einzelnen von uns, so geläufig sind, dass es fast peinlich ist daran erinnert zu werden.

Wir sind ja überhaupt auf diesem Gebiete mehr Realisten als die Gegner. Wir haben den Krieg verloren und wissen genau, dass wir die Folgen zu tragen haben und uns niemand helfen wird. Das Spintisieren über die Frage wie es gekommen wäre, wenn... oder was hätte geschehen können, wenn nicht... führt uns um keinen Schritt weiter und ist nur geeignet verharschende Wunden wieder aufzureissen. Wir wissen genau: in der Geschichte entscheidet nicht das Recht, sondern nur der Erfolg, und darum sind wir fest entschlossen die Bahn, die uns aus dem Elend von 1918-1923 hinausführt weiter zu beschreiten. Nicht weil uns Deutsche das Buch sonderlich Neues böte, wird darauf hingewiesen, sondern, weil es gerade im Ausland geeignet, ist ungläubige Gegner zu unserer Auffassung zu bekehren.

Am Pfingstmontag erscheint wegen der Feiertage keine Zeitung. Die das Datum des 25. Mai tragende Nummer faellt also aus.

Weitere Meldungen zum Frankensturz.

Paris, 20. Mai.

Die letzte Frankenstützung ging von New-York aus. Im Anschluss daran zogen auch andere französische Werte an. Nach dem «Petit Journal» bestehen keine Meinungsveschiedenheiten zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich. Im Gegenteil bereitet man jetzt gemeinsam eine Finanzoperatition grösseren Umfanges vor. Aber man ist sich im Finanzministerium darüber klar, dass alle Massnahmen nur dann zum Erfolge führen können, wenn alle Parteien sich dafür einsetzen.

Die Fälligkeit der Schatzscheine ist unter günstigen Umständen geregelt worden. (Aber auf welche Weise? die Red.)

Die französischen Grossbanken sind mit der Regierung über die Notwendigkeit der Gründung einer Devisenausgleichstelle einig und bereit mitzuarbeiten.

Eine vorzeitige Einberufung der Kammer kommt nach Herrn Peret nicht in Frage.

Péret leaguet ein Abkommen mit englischen Banken.

Paris, 19. 5. (A. A.)

Doumergue, Briand und Péret hatten heute lange Besprechungen mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich.

Nach der Konferenz erklärte Péret dem Journalisten, dass sie sich über die Mittel, die zur Frankenstützung verwandt werden sollen, geeinigt hätten. Er fügte hinzu, dass er sobald als möglich nach London zurückkehren werde und dementierte das Gerücht, dass er mit englischen Banken über eine Kreditaeröffnung verhandelt habe. Er hoffe, wegen des Moratoriums, wegen der Verberweisungsklausel und wegen der Schulden der Bank von Frankreich mit England zu einer bindenden Einigung zu gelangen.

Die Lira im Schlepptau des franzoesischen Franken.

Berlin, 21. 5.

Nach einer Verordnung der italienischen Regierung dürfen Devisen hinfort nur noch an den Börsen von Rom und Mailand gehandelt werden. Die scharfen Einschrankungen des Devisenhandels legten nach einer Meldung aus Rom den italienischen Valutamarkt fast vollständig still. Der Lirakurs besserte sich leicht.

„Frankreich ein Einwanderungsland"

Litauische Warnung.

Die offiziöse «Lietava» bringt eine halbamtliche Auslassung über die Lage der litauischen Auswanderer in Frankreich: die der Sprache unkundigen Litauer würden dort ausgebeutet. Männer erhalten 150, Frauen 110 Frcs. monatlich Arbeitslohn, was zur Existenz nicht ausreiche. Von irgendwelchen Ersparnissen könne keine Rede sein. Die Hauptgefahr bilde aber die sittliche Verwahrlosung der Frauen und Mädchen, die 75 o/o der litauischen Auswanderer bilden. Die unzureichende Entlohnung in Frankreich treibe sie der Prostitution zu. Viele Mädchen seien in die Hafenstädte Havre, Marseille und Bordeaux verschleppt worden. Wie die litauischen Behörden erfahren haben, sind bereits wieder französische Agenten zur Anwerbung von Arbeitskräften auf dem Wege nach Litauen; in diesen Personen vermutet aber die litauische Polizei verkappte Mädchenhändler und, wie das offiziöse litauische Blatt bemerkt: höchste Wachsamkeit sei geboten. Die litauische Gesandtschaft in Paris wäre nicht in der Lage, die Aufgabe der Bewahrung litauischer Staatsbürger vor Ausbeutung und anderen Gefahren zu bewältigen. Es müssten daher litauische Beamte in die französischen Hafenstädte abkommandiert werden, um die Aufklärung, Befreiung und den Rücktransport der Auswanderer und vor allem der Frauen zu übernehmen. Diese halbamtliche Bekanntmachung ist die Folge einer Untersuchung, welche auf Grund zahlreicher Klagen litauischer Auswanderer in Frankreich unternommen wurde.

Abrüstung in Genf.

Boncours Rede in Genf.

Genf, 20. 5. (A.A.)

Boncour versicherte auf der Abrüstungskonferenz von neuem; dass eine Abrüstung ohne vorläufige Sicherheit unmöglich sei. Der Vertrag müsste vorsehen, dass alle unterzeichneten Staaten sich mit ihren gesamten Streitkräften, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, gegen einen möglichen Angreifer wenden müssten. Auch müsse der Vertrag, wie die Abmachungen von Locarno eine Sicherheitsgarantie erhalten; aber die Verpflichtungen müssten darin scharf begrenzt sein. Die Staaten müssten die Gewissheit haben, dass sie nicht mehr ungestraft angegriffen werden können, und dass sie im Falle eines Angriffes die durch den Vertrag zugesagte Hilfeleistung erhalten werden.

Erst Sicherheit dann Abrüstung.

Genf, 20. 5. (A.A.)

Die Besprechungen auf der Konferenz heute morgen ergaben, dass alle europäischen Staaten für eine vorläufige Abrüstung die Schaffung gewisser Garantien und genügender Sicherheiten für notwendig halten. Diese Forderung wurde von den Delegierten von Rumänien, Irland und Polen unterstützt. Der Vertreter Deutschlands meinte, dass ein Uebereinkommen über eine teilweise Begrenzung der Rüstungen vielleicht erzielt werden könne, und stellte fest, dass die Friedensindustrie des Reiches in eine Kriegsindustrie umgewandelt werden könne.

Weiteres zur Abrüstung.

Berlin, 21.5.

Im Berliner Tageblatt bespricht Graf Montgelas das bisherige Ergebnis der Genfer vorbereitenden Abrüstungskonferenz und kommt bezüglich der von verschiedenen Seiten aufgestellten These von einer potentiellen Kriegsrüstung nach Vergleichung Deutschlands mit Frankreich bezüglich Einwohnerzahl, geographischer Lage, Verletzbarkeit der Grenzen, Hilfsquellen, Grenzlage der lebenswichten Lebenszentren, Seeverbindungen, Eisenbahnnetz, Umstellung der Friedensrüstung in Kriegsrüstung und der vertraglichen Sicherheit gegen Angriffe zu dem Ergebnis, dass, selbst wenn mit einem Schlage der unerträgliche Zustand der ungleichen Bewaffnung der Welt beseitigt würde, Deutschland gegenüber Frankreich auf sehr lange Zeit geschwächt bleibe, da der Ausfall der militärisch nicht ausgebildeten Jahresklassen ab 1919 sich bis 1951 fühlbar mache, also für ein Menschenalter.

Die Inderfrage in Südafrika.

London 19. (A.A.)

Vor dem Oberhaus kündigte Lord Birkenhead die Einberufung einer Konferenz zwischen Vertretern der Südafrikanischen Regierung und der indischen Regierung zum Zwecke einer freundschaftlichen Loesung der Frage der indischen Untertanen in Südafrika an. Er fügte hinzu, dass über Datum und Ort der Konferenz augenblicklich Verhandlungen zwischen dem Vizekoenig von Indien und ihm selbst schwebten.

Die Festsetzung einer Konferenz bedeutet keineswegs die Lösung einer so heiklen Frage wie die der indischen Einwanderung für Südafrika, die eines der schwierigsten Probleme innerhalb des britischen Imperiums ist. In Südafrika sträuben sich Engländer wie Buren nachdrücklich gegen eine indische Einwanderung, die ihre Vormachtstellung ernstlich bedrohen würde. Die Auffassung des deutschen Teiles der Bevölkerung ist zunächst noch abwartend. Deutsch-Südwest hatte bisher noch keine Gelegenheit, sich mit diesen Problemen am eigenen Leibe zu beschäftigen.

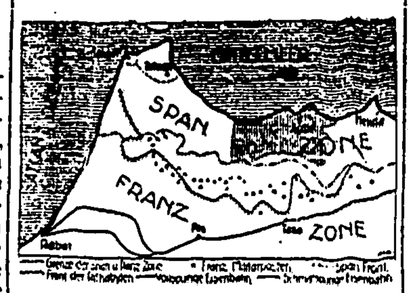
Wie man in Deutsch-Ost die Frage gelöst hatte, ist bekannt. Aber dieses Rezept dürfte nicht für Südafrika verwendbar sein: denn in Deutsch-Ost konnten wir die Inder als Ausländer behandeln, was in Südafrika vorläufig kaum möglich sein wird. Bei der Einstellung der jetzigen südafrikanischen Regierung gegenüber Londoner Wünsche dürften noch mancherlei Schwierigkeiten zu erwarten sein.

An Stelle des Union Jack die Unionsflagge.

Kapstadt, 21. 5.

Die Südafrikanische Kammer beschloss mit neunundsechzig gegen achtundvierzig Stimmen die Einführung der südafrikanischen Flagge anstelle der englischen.

Franzoesische Frontberichte.



Geringe Verluste der Franzosen.

Fes, 20. 5. (A. A.) (Havas)

In einheimischen Kreisen wird lebhaft der Beginn der französische Offensive im Osten besprochen.

Im Zentrum brachte ein französischer Vorstoss die Truppen bis in die Linie von Tanerstassib. Die Verluste während der ganzen gestrigen Angriffe waren sehr leicht. Wir eroberten eine Kanone. Die ganze Bewegung wird von 30 Bataillonen auf einer Frontbreite von 40 km ausgeführt.

Abd-el-Krim auf der Flucht.

Fes, 20.5. (A.A.) (Havas)

Abd-el-Krim, von den Beni Uriaghels verlassen, flüchtete mit seiner Familie zu den Benisteff. Seine Flucht hat einen grossen Eindruck auf die Stämme gemacht.

Das Zentrum durchbrochen.

Fes, 20.5. (A. A.) (Havas)

Die letzten Meldungen besagen, dass das Zentrum der Rifleute durchbrochen und der Feind bei Amrot eingeschlossen ist. Der Angriff schreitet fort. Der Eindruck auf die Bevölkerung ist sehr gross.

Bei Tasa Stillstand.

Fes, 20.5. (A.A.) (Havas)

Die zweite französische Division griff im Nordwesten von Ker an. Bei Tasa blieben die Truppen in den eroberten Stellungen.

Spanisch-franzoesische Vereinigung.

Madrid, 20. 5. (A. A.) (Franz; Meldg.)

Eine von Udschir kommende Abteilung vereinigte sich heute morgen mit einer anderen die von Melilla kam. Sie stellten zusammen mit der französischen Süddivision eine einheitliche Front her.

Rüstungen auch in Argentinien.

Buenos Aires, 20.5. (A.A.)

Das Kabinett wurde ermächtigt, eine Summe von 32 Millionen Pesos zum Ankauf von zwei Kleinen Kreuzern, drei Unterseebooten, zwei Topedobooten und zwei Kanonenbooten mit einer Gesamttonnage von 15.000 To. bereitzustellen. Der Admiral Galindrez wird in nächster Zeit nach London reisen, es scheint aber noch nicht festzustehen, wo die Schiffe gekauft werden sollen.

Lloyd Georges Rücktritt?

London, 20. 5. (A.A.)

Die bisher noch nicht bestätigten Gerüchte über den Rücktritt Lloyd Georges als Führer der liberalen Partei bilden heute den Gesprächsstoff in den politischen Kreisen. Einzelne liberale Blätter behaupten, dass Lloyd George in der amerikanischen Presse während des Streiks Aufsätze veröffentlicht habe, die geeignet waren, das Ansehen Grossbritanniens herabzusetzen.

Von anderer Seite wird gesagt, dass von einem Rücktritt Lloyd Georges keine Rede sein könne.

Ein neues Kalifat?

Cairo, 21. 5.

Der Kalifatskongress endete am Donnerstag. Er stellte in einer Entschliessung die Notwendigkeit eines neuen Kalifats fest und fordert alle islamischen Völker zur Mitarbeit an dessen Wiederaufrichtung auf.

Der Koenig von Aegypten in London.

London, 21. 5.

König Fuad von Aegypten wird für Anfang Juni zu längerem Besuche in London erwartet.

Der deutsch-griechische Handelsvertrag.

Die deutsche Gesandtschaft in Athen hat vor einigen Tagen dem griechischen Aussenministerium den deutschen Vorschlag zu dem abschliessenden deutsch-griechischen Handelsvertrag unterbreitet. Man hofft, dass in kurzer Zeit schon der Handelsvertrag unterzeichnet werden wird.

Letzte Nachrichten

Ausserordentliche Ministerversammlung

Angora, den 21. Mai.

Obgleich heute Freitag ist, haben sich saemtliche Minister um 11 Uhr zu einer ausserordentlichen Besprechung in der Wohnung Ismet Paschas eingefunden, um über wichtige Fragen zu verhandeln. Man glaubt, dass es sich um die Probleme handelt, die mit der Mossulfrage zusammenhaengen.

Die Mossulfrage.

Angora 21. Mai.

In der Mossulfrage ist man noch nicht weiter gekommen. Der englische Botschafter hat der türkische Regierung seine Vorschlaege unterbreitet. Die türkische Regierung hat ihrerseits ihre Gegenvorschlaege dem Botschafter mitgeteilt, der sich abermals mit London in Verbindung gesetzt hat.

Der Kongress über die Kalifatsfrage Auffassung in Angora.

Angora, 21. Mai.

Nach einer dringenden Drahtmeldung aus Cairo, ist der dortige Kongress über die Kalifatsfrage resultatlos verlaufen.

Staatssekretaer des Finanzministeriums

Angora, den 21 Mai.

Der Regierungskommissar bei der Staatsschuldenverwaltung, Sekiai Bey wurde zum Staatssekretaer im Finanzministerium ernannt. Die Ernennung bedarf noch der Rektifikation des Gasi.

Der türkische-persische Freundschaftsvertrag.

(Von unserem Berichterstatter aus Angora.)

Angora, 22. Mai.

Im Parlament wird heute über den türkisch-persischen Freundschaftvertrag debattiert.

Polnischer Auskiang.

Der polnische Gesandte in Paris abberufen.

Warschau 21. 5. (A. A.)

Der polnische Gesandte in Paris wurde von seiner Regierung abberufen und ist unverzüglich abgereist.

Polen beruhigt sich?

Warschau 21. 5. (A.A.)

Oberst Dlugezewski, der Vertrauensmann des Marschall Pilsudski, empfing die Vertreter der ausländischen Presse und gab eine optimistische Schilderung der Lage. Der Marschall sei noch wie vor ein Feind aller Diktatur. Er sei durchaus nicht krank, sondern lediglich überarbeitet. Der Oberst bestätigte schliesslich, dass die Nationalversammlung demnächst, wahrscheinlich am 29. Mai in Krakau zusammengerufen werde.

Die 4 Parteien der Linken: die Sozialisten, die radikale Bauernpartei, die radikale Partei Wyzwolenie und die Arbeitspartei, deren Führer der derzeitige Ministerpräsident Bartel ist, sprachen sich für die Wahl des Marschall Pilsudski zum Präsidenten der Republik aus. Pilsudski hat seine Entscheidung zu dieser Anregung noch nicht mitgeteilt.

„Altes Eisen."

Warschau 21. 5. (A.A.)

Einer der Führer der Partei Witos erklärte einem Pressevertreter, dass der gegenwärtige Sejm sich seinem Ende nähere; denn er habe sich nicht auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt. Wenn es ihm schliesslich noch vor seiner Auflösung — die unvermeidlich sei — gelänge, das Wahlgesetz zu ändern und die Befugnisse des Präsidenten zu erweitern, so würde es wenigstens zum Schluss noch einen wertvollen Beitrag zur politischen Wiedergeburt Polens geliefert haben.

Elementarunterricht fur Türken.

Angora, 21. Mai.

Die grosse Nationalversammlung hat einen Gesetzentwurf, wonach Kinder türkischer Staatsangehoerigkeit ihren Elementarunterricht nur in tükischen Volksschulen erhalten dürfen, angenommen.

Eisenbahnlinie Samsun-Tscharschamba. Erfolge türkischer Privatinitiative.

Samsun, 21 Mai.

Hier sind Schienenmaterial und eine Anzahl Lokomotiven für die Linie Samsun-Tscharschamba angelangt. Die Arbeiten sind bis zum 10. Kilometer vorgeschritten und dürften in 2 Monaten vollkommen beendet sein.

Das Alkoholmonopol.

Angora, 21 Mai.

Eine polnische Gruppe hatte der Regierung zur Pachtung des Alkoholmonopols jaehrlich 6 Millionen türkische Pfunde angeboten. Doch scheinen diese Vorschlaege von einer Schweizer Gruppe (unter Führung von «Bomonti») überboten worden zu sein. Diese Gruppe bietet für das erste Jahr 7 Millionen für das zweite 8 und für die weiteren Jahre 10 Millionen T. Pfd. Ausserdem will sie den Pachtbetrag für 3 Jahre im Vorhinein erlegen.

Falls diese Angebote der Schweizer Gruppe eine Erhoehung der Alkoholpreise zur Folge haben koennten, waere auch die polnische Gruppe in der Lage, neue Vorschlaege zu machen.

Die Regierung hat noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Ingenieure dss Magistrats von Angora.

Angora, 22. Mai.

Mehrere Ingenieure haben sich um die Stellen beim Magistrat von Angora, die durch Abdankung der bisherigen Ingenieure frei geworden waren, beworben. In den nächsten Tagen sollen alle Stellen wieder besetzt werden.

Der neue deutsch-oesterreichische Handelsvertrag unterzeichnet.

Berlin 22. Mai

Freitag nachmittag wurde der neue Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich unterzeichnet.

Hoesch wieder in Paris.

Berlin 22. Mai

Der deutsche Botschafter von Hoesch kehrte aus Genf zurueck nach Paris, nachdem er in Berlin ueber die Sitzungen der Studienkommission des Voelkerbundes berichtet hatte.

Die Internationale Handelskonferenz in London.

London, 22. Mai.

In London beginnt Dienstag die internationale interparlamentarische Handelskonferenz, woran 200 Vertreter aus 30 verschiedenen Ländern, darunter 5 deutsche Reichstagsabgeordnete, teilnehmen.

Aufenthaltsverbot für den Emir von Lybien in Aegypten.

Berlin, 22. Mai

Nach römischen Meldungen aus Kairo unternahm die italienische Regierung bei der ägyptischen Schritte gegen den Aufenthalt des Emirs von Lybien unter Berufung darauf, dass Aegypten seinerzeit auch dem Vertreter Abd el krims die Einreise verbot.

Die alten deutschen Marknoten werden nicht aufgewertet.

Berlin, 21. 5.

Das Reichsgericht in Leipzig wies die Klage des Reichsgläubigerverbandes auf Aufwertung der deutschen Vorkriegsbanknoten zurück.